

## # Bewerbung

Ich bin Jim Martens, 23 Jahre alt, studiere Informatik im Master an der Uni Hamburg und bin seit Oktober als Beisitzer im Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg aktiv. Die Wahl Donald Trumps hat mich dazu veranlasst dann auch in die GRÜNEN selber einzutreten. Ich engagiere mich ferner in den LAGen HoPo und Medien & Netzpolitik. Seit April 2015 bin ich im Studierendenparlament der Uni Hamburg für Campus Grün und war in der Legislaturperiode 2016/17 auch im dreiköpfigen Präsidium des Parlaments, welches u.a. mit der Organisation der Wahl für rund 40.000 Studierende befasst ist.

Als Delegierter für die Bundesdelegiertenkonferenz möchte ich zum Einen die BDK einmal von innen kennenlernen. Außerdem ist es mir ein Anliegen bei der Programm-BDK ein möglichst starkes Programm zu verabschieden. Ein Programm,

- welches eine klare Botschaft sendet und sich nicht in Flügelkämpfen verliert,
- welches die GRÜNEN Inhalte stark macht,
- welches nicht unzählige Relativierungen und voreilige Abschwächungen enthält,
- welches die Jugend angemessen berücksichtigt und
- welches Lösungen für die drängenden Fragen unserer Zeit bereithält.

Das Programm sollte eine gute Grundlage für den Wahlkampf bieten. Zudem müssen wir die Medienaufmerksamkeit für die BDK dafür nutzen, dass unsere Kernthemen für den Wahlkampf nach außen getragen werden. Da ich erst nach der Urwahl den GRÜNEN beigetreten bin, fühle ich mich nicht wirklich in einem "Lager".

Trotzdem ist klar, dass wir die Wahl nicht gewinnen können, wenn wir dauerhaft Schlagzeilen durch interne Kämpfe machen. Die GRÜNEN sind eine pluralistische Partei, die unterschiedliche und auch widerstreitende Meinungen zulässt. Es gibt keinen Parteivorstand, der von oben durchregiert. Das bisherige Verhalten von einzelnen Gruppen oder Personen sorgt jedoch dafür, dass diese Eigenschaft als Schwäche nach außen transportiert wird. Demgegenüber können CDU und CSU mittlerweile wieder Einigkeit demonstrieren. Wir können nicht so tun, als ob wir keine unterschiedlichen Meinungen in der Partei hätten. Wir können diese jedoch zu unserem Vorteil nutzen.

Ein Kerngedanke der Demokratie und von einer Beschränkung der Wiederwahl zu einem politischen Amt ist, dass keine einzelne Person oder Gruppierung den Anspruch für sich erheben kann, DIE Wahrheit zu kennen und den "richtigen" Weg. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch die innerparteiliche Demokratie im Grundgesetz verankert. Die GRÜNEN leben diese innerparteiliche Demokratie. Das führt zwangsläufig zu unterschiedlichen Meinungen und teilweise auch opponierenden Meinungen. Die sind jedoch gesund für eine Partei und sorgen dafür, dass neue Ideen fair betrachtet werden und selbst vorher bundesweit unbekannte Personen wie Robert Habeck eine realistische Chance auf die Spitzenkandidatur haben. Die unterschiedlichen Meinungen sorgen auch dafür, dass wir parteiintern viele Diskussionen führen, die andere Parteien erst noch führen müssen. Das bietet die Chance Gegenargumente bereits zu kennen und somit auf diese besser eingehen zu können.

Das funktioniert jedoch nur solange, wie alle in der Partei an das gleiche Ziel glauben und auf dieses hinarbeiten. Denn Diskussionen über unterschiedliche Wege sind sehr nützlich. Wir werden uns aber demontieren, wenn wir anfangen unterschiedliche Ziele zu propagieren.

Ich befürchte allerdings, dass wir aktuell eine Bundespartei haben, die eben nicht mehr vereint auf das gleiche Ziel hinarbeitet. Das macht die "Flügelkämpfe" auch so schwierig zu lösen. Denn es

geht längst nicht mehr nur um den besten Weg, sondern um das Ziel selber, wenn nicht gar die Identität der GRÜNEN Partei.

Dabei geht es nicht um Fragen wie Bekämpfung von Homofeindlichkeit. Das ist Konsens bei den GRÜNEN und aus guten Gründen. Es wird sich auch keine Person bei den GRÜNEN finden, die für fossile Brennstoffe wäre.

Kritischer wird es bei der Systemfrage, die unmittelbar mit der Lösung der Klimakrise verbunden ist. Wir werden die 2°-Marke nicht halten können, wenn sich das wirtschaftliche Gebaren der westlichen Industrienationen nicht radikal verändert. Der Zeitpunkt für freiwillige Verpflichtungen ist im Bereich Klimakrisenbekämpfung längst vorbei. Es ist daher Zeit härtere Bandagen anzulegen. Solange eine Wirtschaftspolitik betrieben wird, die alleinig die Profite der Unternehmen und die Größe des BIP nach vorne stellt, werden wir die Klimakrise nicht lösen können. Es ist Zeit für eine Wirtschaftspolitik, die auch die Interessen der Gesellschaft und die des Planeten berücksichtigt. Ein Planet mit begrenzten natürlichen Ressourcen kann kein unbegrenztes Wachstum ermöglichen. Der Kapitalismus und erst recht dessen aktuelle neoliberale Ausprägung, setzen jedoch teils religiös auf dieses Wachstum. Da dieses schlichtweg nicht dauerhaft existieren KANN, kommt es unweigerlich zu Krisen, die durch ihre zerstörerische Wirkung wieder Platz für Neues und damit Wachstum schaffen. Ergänzend scheinen Demokratie und Gesellschaft zunehmend eine Exklave inmitten der kapitalistischen Wirtschaft zu werden. Stattdessen sollte die kapitalistische Wirtschaft ein gut umzäuntes und demokratisch reguliertes Areal sein. Dafür bedarf es einer stärkeren internationalen politischen Organisation, was eine weitere Demokratisierung und Stärkung der Vereinten Nationen bedeutet.

Es geht bei der Bundestagswahl wahrlich nicht um die Frage ja/nein zum Kapitalismus und unabhängig von der jeweiligen Antwort könnte ein Regierung diesen auch nicht binnen vier Jahren abschaffen. Allerdings sollten wir GRÜNEN uns über das Ziel einig sein, um in unserer Diversität vereint dafür streiten zu können. Denn eines ist klar: Wenn wir uns über das Ziel einig sind, dann können einige Leute moderatere Angebote machen und andere radikalere. Die Botschaft wäre jedoch eindeutig: Unabhängig vom Weg werden wir das Ziel ansteuern.

Mit dieser Einschätzung als Grundlage möchte ich mich als Delegierter für die Programm-BDK bewerben, um vor Ort für ein starkes GRÜNES Programm streiten und stimmen zu können. Wir brauchen kein Programm, welches bereits vor dem Wahlkampf die Kompromisspositionen enthält. Das Programm sollte die 100% darstellen, die wir erreichen wollen. In diesem Sinne: Für ein starkes Programm und ein starkes Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017.